

Kapitel 6: Frieden in Gerechtigkeit

Ein eigenes Friedenskapitel (S. 88-95), das 6. Kapitel des Sozialwortes, plädiert für christliche Gewaltlosigkeit, für den Einsatz zu Gunsten weltweiter Gerechtigkeit und für Abrüstung und Alternativen zur Kriegspolitik der vergangenen Jahre (Jugoslawien, Golfregion, Naher Osten etc.). Eingeleitet wird es mit einem Prophetenwort: "Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk, und übt nicht mehr für den Krieg ..." (Jes 2,4), und mit einem Paulus-Zitat: "Jesus, ... ist unser Friede. Er ... riss durch sein Sterben die trennende Wand der Feindschaft nieder." (Eph 2,14).

Entgegen der allgemein verbreiteten Verunsicherung, dass die weltweiten Spannungen und die Instrumente zu ihrer Lösung allzu unüberschaubar seien, betont das Sozialwort: **der Friede muss unser aller Anliegen und Engagement sein**. Wir sollen uns nicht auf die Schwere der Probleme und auf die Größe der Institutionen (z.B. UNO) ausreden! "Die Bibel betont, dass politische Macht ihre Legitimität nicht aus militärischer Stärke, sondern aus dem Maß an verwirklichter Gerechtigkeit erhält." (Nr. 239). Die "Carta Oecumenica" der konziliaren Versammlungen (Basel 1989, Graz 1997 etc.) wird als verbindlich dargelegt. Die Kirchen bekennen sich darin zu einem Einsatz für Gewaltlosigkeit, Frieden und Gerechtigkeit. (Nr. 240).

Ein neuer Zugang zum Frieden, Mediation, eine integrative Sprache etc. seien Voraussetzung für den heute notwendigen erneuten Weg zum Frieden. Die Kirchen bekennen sich dazu, dass ein Teil von ihnen strikte **Gewaltlosigkeit** als verbindlich aus der Bergpredigt ableitet.

Grundsätzlich ist das die Norm für alle Christen, auch wenn manche Ausnahmen geltend machen können. Denn auch jene Christen, die diese Option einschränken, gehen nur "... von Recht und Pflicht zu Notwehr und Nothilfe auch unter Einsatz verhältnismäßiger Gegengewalt als letztem Mittel aus." (Nr. 243). Ausdrücklich hervorgehoben wird christlicher Militärdienst nur mit dieser Einschränkung und nur in Operationen, die unter UNO-Mandat stehen und zur Friedenssicherung beitragen sollen (Nr. 244).

Es bleibt die Pflicht aller Staaten und aller Gesellschaftsmitglieder, **präventiv** mehr für den Frieden beizutragen. *"So können in manchen Fällen politische oder rechtliche Maßnahmen eskalierende Konflikte eindämmen. Wo Gewalt auf schlechten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen beruht, ist sie nur durch umfassende gesellschaftliche Entwicklung zu beseitigen."* (Nr. 248). Betont wird hier der Einsatz für Benachteiligte (MigrantInnen etc.) und das Engagement für die Erhaltung der Schöpfung (Ökologie). Alle Christen müssen sich um Gewaltlosigkeit und Frieden persönlich und gemeinschaftlich bemühen - dies ist eine Grundverbindlichkeit des Glaubens.

Die Kirchen fördern eine **Spiritualität der Gewaltfreiheit**, Bekennen sich zur UN-Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit" und zu Kampagnen der Begrenzung, Verhinderung und Ächtung von Rüstung, Waffen und Waffenverliebtheit (z.B. Konvention zum Verbot von Landminen). Sie wollen eigene Gewaltverherrlichung als Schuld der Kirchen aufarbeiten und Alternativen entwickeln. (Nr. 250-255).

Von der Gesellschaft wünschen sie sich, **Konfliktkultur** und - damit verbunden - mehr **Demokratie** zu wagen. Sie "... fordern die Bundesregierung auf, den Einsatz für die zivile Versöhnungsarbeit zu verstärken. Der Friedensdienst soll als Projekt gemeinsam mit den Kirchen und anderen Nicht-Regierungs-Organisationen entwickelt und international zur Verfügung gestellt werden." (Nr. 257). Österreich und die EU sollen mehr zur Abrüstung beitragen (258) und ihre Rüstungsausgaben senken. Einem NATO-Beitritt wird eine klare Absage erteilt. Die Kirchen fordern Österreich "... als neutrales Mitglied der Europäischen Union dazu auf, sich für eine Außen- und Sicherheitspolitik einzusetzen, die auf klaren ethischen und völkerrechtlichen Prinzipien gründet." (Nr. 259). Alle strittigen Fälle, in denen z.B. Interventionen aus humanitären Gründen angeregt werden, sollen nur durch die UNO geprüft und entschieden werden. Österreich und die EU sollen die UNO und eine am Völkerrecht orientierte Politik - und nicht etwa einseitige Kriegspolitik à la USA - unterstützen.